



Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg 2022

Kurzbericht

Mit freundlicher Unterstützung durch



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR SOZIALES, GESUNDHEIT UND INTEGRATION

| BertelsmannStiftung

Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg 2022

Kurzbericht

Bei der vorliegenden Broschüre handelt es sich um die Kurzfassung der aktuellen Studie „Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg“. Die Langfassung erscheint im Juni 2022 und kann hier abgerufen werden:



EDITORIAL UND METHODE

Worum gehts? Seit rund zehn Jahren untersucht die Bertelsmann Stiftung regelmäßig, wie es um den sozialen Zusammenhalt in Deutschland bestellt ist, seit 2019 auch speziell mit Blick auf Baden-Württemberg. Zusammenhalt, also nicht zuletzt das Vertrauen in die Menschen um uns herum und in die gesamte Gesellschaft, ist für die liberale Demokratie eine zentrale Existenzgrundlage. Wir brauchen das Gefühl, dass wir uns aufeinander verlassen können, dass wir uns mit unserem Gemeinwesen und seinen Institutionen identifizieren und dass wir solidarisch und hilfsbereit miteinander umgehen. In diesem Bericht benutzen wir die Begriffe ‚sozialer Zusammenhalt‘ und ‚gesellschaftlicher Zusammenhalt‘ synonym.



Das Modell der Bertelsmann Stiftung unterteilt Zusammenhalt in die Bereiche „soziale Beziehungen“, „Verbundenheit“ und „Gemeinwohlorientierung“ mit jeweils drei Teildimensionen (siehe Infografik S. 12). In acht dieser insgesamt neun Dimensionen sehen wir in der aktuellen Befragung in Baden-Württemberg erhebliche Rückgänge des Zusammenhalts. Die Pandemie hat deutliche negative Spuren hinterlassen, vor allem bei Gruppen, die ohnehin schon herausgefordert sind – etwa Menschen mit geringem Einkommen oder niedriger Bildung, Frauen, Alleinerziehenden oder chronisch Kranken.

Seit 2019 ist das Vertrauen vieler Bürgerinnen und Bürger in ihre Mitmenschen und in die Belastbarkeit ihrer sozialen Netze erkennbar gesunken. Dies ist umso auffälliger, als die Ergebnisse aller vorherigen Befragungen für große Stabilität des gesellschaftlichen Zusammenhalts gesprochen hatten. Dass sich jetzt so gravierende Veränderungen abzeichnen, ist beunruhigend. Es ist ein Alarmsignal für die Politik, deren Aufgabe darin besteht, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Gesellschaft sich nicht spaltet und alle Menschen gute Lebenschancen und Perspektiven haben.

Was haben wir gemacht?

Unter Zusammenhalt verstehen wir allgemein die Qualität des Miteinanders in einem Gemeinwesen – einer Kommune, einem Stadtviertel oder einem Land. Um herauszufinden, wie es um den Zusammenhalt steht und wie er sich im Zeitverlauf entwickelt hat, befragen wir die Menschen zu den oben benannten drei Bereichen in insgesamt neun Teildimensionen. Für die aktuelle Studie haben wir 2.716 Personen (ab 16 Jahre) in Baden-Württemberg online befragt. Die Befragung wurde von der Norstat GmbH vom 9.12.2021 bis zum 4.1.2022 durchgeführt. Die Befragten entsprechen nach Geschlecht, Alter, Einkommen, Bildungsstand und Haushaltsgröße dem, was wir in Baden-Württemberg nach Daten des Statistischen Landesamtes vorfinden.

Wir haben für die Erfassung des sozialen Zusammenhalts dieselben Indikatoren genutzt wie in den Vorjahren, sie aber um Fragen speziell zur Corona-Pandemie und zur Lage von Familien und Jugendlichen ergänzt. Während frühere Befragungen telefonisch durchgeführt wurden, haben wir uns 2021/22 für eine Online-Befragung entschieden. Die Änderung der Methode kann einige Abweichungen von Ergebnissen früherer Studien erklären – nicht aber die gravierenden Unterschiede, die wir sehen.

ZUSAMMENHALT IN GEFAHR: ALLGEMEINE ERGEBNISSE

Es lässt sich kaum anders formulieren: Corona hat dem gesellschaftlichen Zusammenhalt schwer zugesetzt. Die Befragung fand in einer Hochphase der Pandemie statt und das wird in den Ergebnissen deutlich sichtbar: Zwischen 2019 und 2021/22 ist der gesellschaftliche Zusammenhalt in nahezu allen Dimensionen flächendeckend in ganz Baden-Württemberg zurückgegangen. Konkret bedeutet das: Die Menschen haben heute z. B. weniger Vertrauen in ihre Mitmenschen, in die sozialen Netze und die Solidarität im Land. Wir gehen – auch aufgrund von Erkenntnissen vergleichbarer anderer Studien – davon aus, dass dieser Trend für Deutschland insgesamt verallgemeinert werden kann.

Die Entwicklung ist gerade deshalb beunruhigend, weil sich in Vorgänger-Studien eine hohe Stabilität des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Baden-Württemberg und anderswo gezeigt hatte. Umso auffälliger ist nun der Rückgang. Die Pandemie hat mit vielen zum Teil schwer Erkrankten, der allgemeinen großen Verunsicherung und den heftigen Debatten um Schutzmaßnahmen und Impfungen deutliche Spuren hinterlassen.

*Der Gesamtindex für Zusammenhalt geht in Baden-Württemberg um 10 Punkte von **64** auf **54** Punkte zurück (auf einer Skala von 0-100).*

In der aktuellen Studie zeigt sich zudem, dass die Menschen in Baden-Württemberg viel stärker als früher auch subjektiv den Eindruck haben, dass der Zusammenhalt in Deutschland gefährdet ist. Es gab zwar auch früher schon die Wahrnehmung, dass der Zusammenhalt im Allgemeinen gefährdet sei, heute aber wird auch das konkrete Miteinander vor Ort deutlich negativer empfunden. Aktuell sind erheblich mehr Menschen als früher der Meinung, der Zusammenhalt in ihrer Wohngegend und damit ihrer unmittelbaren Umgebung sei nicht gut.

Woran das liegt? Eine Erklärung dürfte sein, dass die Pandemie wirklich für jede und jeden spürbar war. Bisher stellten zahlreiche Krisen für viele Menschen eher abstrakte Gefahren dar; etwas, das ihnen durch die Medien, nicht aber durch eigene Erfahrungen vermittelt wurde. Im persönlichen Umfeld, im Kontakt mit Freunden, Bekannten oder Nachbarn wurden hingegen meist positive Erfahrungen gemacht. Das hat sich in der Pandemie verändert: Seit März 2020 waren ihre Auswirkungen für alle Menschen im eigenen Alltag spürbar.

Statt fast **80%** (2019),
die den Zusammenhalt vor Ort als gut
oder sogar sehr gut bezeichnen, sind
es jetzt gerade mal **47%** (2022),
die so urteilen.

*2019 gaben 92 Prozent der Befragten an, sie hätten Freunde, auf deren Hilfe sie jederzeit zählen könnten. 2022 sagten das nur **83%**.*

In besonderem Maße sind zwischen 2019 und 2021/22 die Identifikation mit dem Gemeinwesen sowie Solidarität und Hilfsbereitschaft zurückgegangen. Als besorgniserregend empfinden wir aber vor allem den massiven Rückgang im „Vertrauen in die Mitmenschen“ und im „Vertrauen in Institutionen“. Vertrauen ist eine wichtige Ressource für Menschen, im Alltag miteinander umzugehen ohne bei jedem Kontakt und in jeder Situation alle Risiken abwägen und jeden Schritt kontrollieren zu müssen. Dabei setzen wir in aller Regel voraus, dass die meisten Menschen gute Absichten haben, sich in einer vorhersehbaren Weise verhalten und ähnlich „ticken“ wie wir selbst. In der Pandemie waren Menschen jedoch häufig damit konfrontiert, dass in ihrem Umfeld plötzlich Meinungen, Haltungen und Verhaltensweisen auftauchten, die sie so nicht erwartet hatten – und mit denen sie nur schlecht umgehen konnten.

24% sind der Auffassung, man könne sich auf niemanden verlassen. Bei der letzten Befragung waren es nur 9 Prozent.

Wie schon angedeutet, erleben aber nicht alle Bevölkerungsgruppen den Zusammenhalt auf gleiche Art und Weise: Frauen, Personen mit geringerer formaler Bildung, Arme und Angehörige der unteren Mittelschicht, Nicht-Erwerbstätige, Alleinerziehende, chronisch Kranke, aber auch Menschen mit Migrationshintergrund und nicht zuletzt die Altersgruppe der 45-65-Jährigen. Sie nehmen den Zusammenhalt – zum Teil deutlich – schwächer wahr als der Durchschnitt der Bevölkerung. Jüngere, höher Gebildete und Menschen auf dem Land weisen dagegen aktuell noch das stärkste Vertrauen in ihre Mitmenschen auf und erleben den Zusammenhalt insgesamt als relativ positiv.

Vertrauen in Gerichte und Polizei: Die Zahl derer, die Gerichten kein Vertrauen entgegenbringen, ist von

9% auf 19% gestiegen.

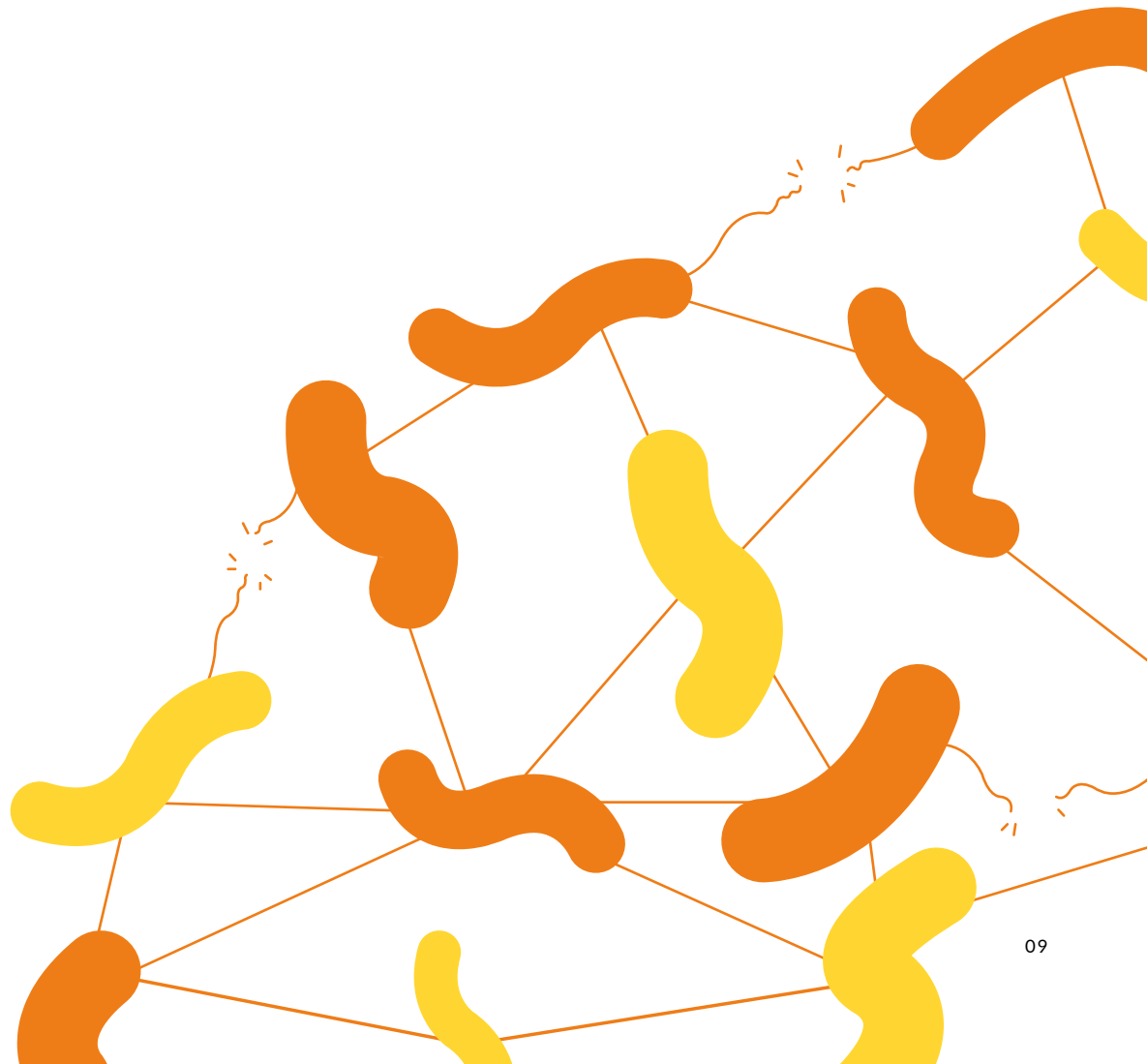
Und es gibt eine weitere Auffälligkeit: Vor allem die Menschen, die das Gefühl haben, die Politik habe während der Pandemie nicht genug für sie getan, nehmen den gesellschaftlichen Zusammenhalt als deutlich geringer wahr als diejenigen, die grundsätzlich zufrieden damit sind, wie die Politik in der Krise gehandelt hat.

Bei der Polizei hat sich der Anteil derer, die nicht vertrauen, von

5% auf 14% erhöht.

Und was heißt das?

Die Erfahrungen der vergangenen beiden Jahre haben unter dem Eindruck der Pandemie dafür gesorgt, dass die sozialen Netze weniger belastbar sind und das Vertrauen in die Mitmenschen gesunken ist. Zugleich sind viele Menschen weniger offen für Vielfalt und identifizieren sich erheblich weniger mit ihrem Gemeinwesen. Sie nehmen ihre Mitmenschen als weniger solidarisch und hilfsbereit wahr. Das Vertrauen in die Institutionen ist zurückgegangen, soziale Regeln werden in geringerem Maß anerkannt. Die gesellschaftliche Teilhabe ist schwächer als zuvor.



MÜDE UND ERSCHÖPFT: IST DIE KRISE JETZT VORBEI?

Die Pandemie hat die Gesellschaft geschwächt. Davon ist die Mehrheit der Befragten überzeugt. Viele Menschen glauben, es gebe mehr Konflikte zwischen den Bevölkerungsgruppen. Erstmals ist auch nur noch eine Minderheit von der Qualität des Zusammenhalts im eigenen Umfeld überzeugt. Das ist nicht wirklich überraschend: Für die meisten Menschen in Deutschland war und ist die Pandemie eines der besonders einschneidenden Erlebnisse ihres Lebens.

Rund **60%** der Befragten geben an, der Zusammenhalt in Deutschland sei durch die Pandemie schwächer geworden.

Viele Befragte berichten von psychoemotionalen Belastungen, die sie während der Pandemie erlebt haben: Sie haben unter Müdigkeit und Erschöpfung gelitten und auch Konzentrationsschwäche, Nervosität und Angst erlebt.

31% der Befragten geben an, seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie oft oder sogar immer unter Müdigkeit und Erschöpfung zu leiden.

21% berichten von Konzentrationsschwierigkeiten.

In der Pandemie mussten immer wieder Güter gegeneinander abgewogen werden – etwa der Gesundheitsschutz gegen Einschränkungen von Freiheit. Dabei war den Befragten tendenziell die Gesundheit wichtiger, auch wenn eine Mehrheit von 71 Prozent angibt, ihre Freiheitsrechte seien stark oder wenigstens teilweise eingeschränkt worden. Wie die Maßnahmen gesehen wurden, ist auch dafür von großer Bedeutung, wie Menschen das Handeln der Politik bewerten. Immerhin knapp die Hälfte der Befragten kommt dabei zu dem Urteil, die Politik habe die Corona-Pandemie sehr schlecht oder ziemlich schlecht gehandhabt. Hingegen halten nur 17 Prozent den politischen Umgang mit der Pandemie für ziemlich oder gar sehr gut.

46% sagen, der Schutz der Gesundheit sollte Vorrang vor der Freiheit der Bürger haben.

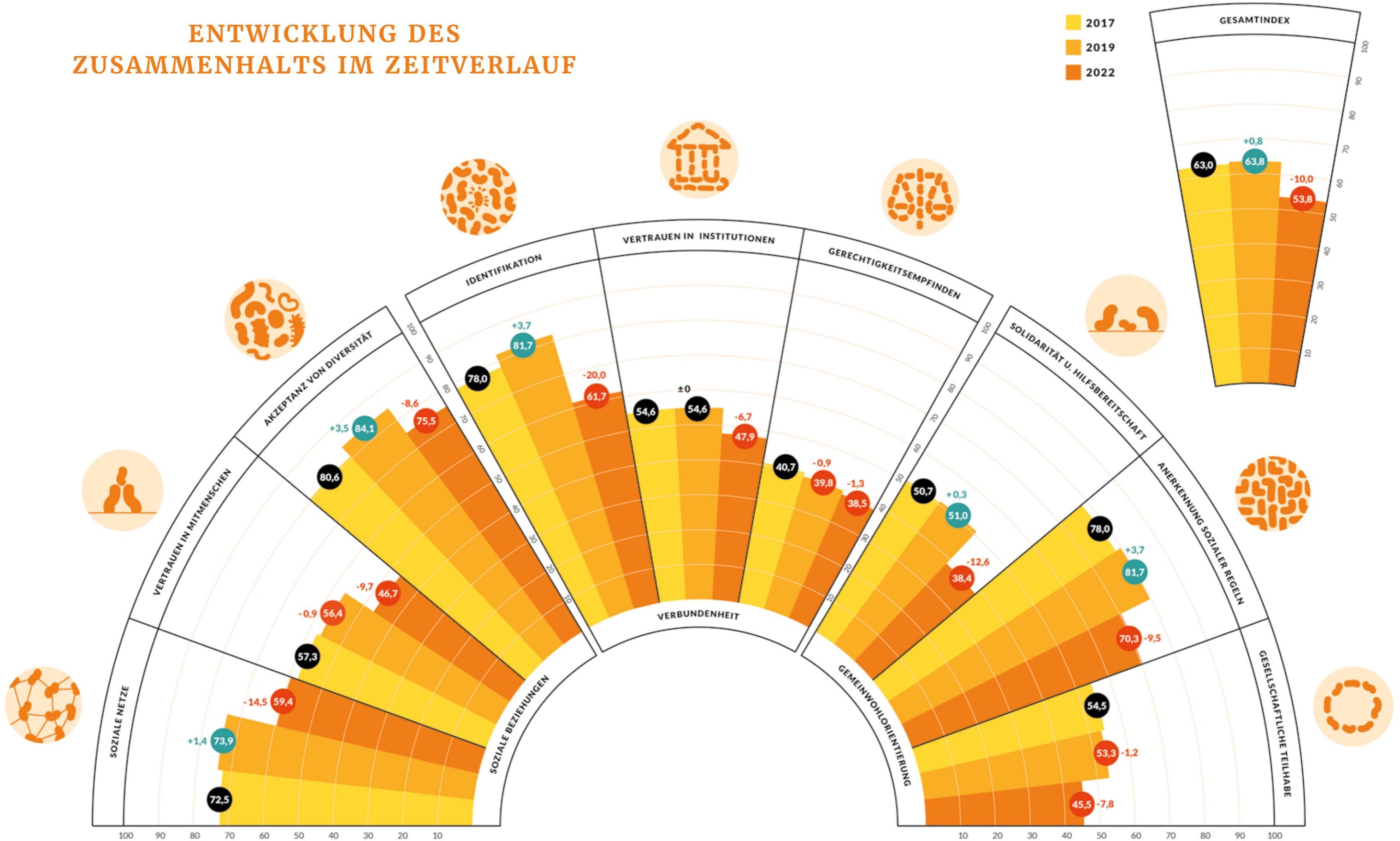
38% bewerten beide Zielsetzungen gleich, nur 16 Prozent geben der Freiheit den Vorrang vor der Gesundheit.

Im Verlauf der Pandemie haben Verschwörungstheorien einen Aufschwung erlebt und wir sehen, dass es dafür ein großes Potenzial gibt. Der Glaube an Verschwörungstheorien steht mit dem Zusammenhalt in enger Verbindung: Wer stark zu Verschwörungstheorien neigt, erlebt den Zusammenhalt schwächer. Zugleich gilt: Menschen, die einen starken Zusammenhalt erleben, glauben auch, dass die Politik die Pandemie gut gehandhabt hat und sehen ihre eigenen Bedürfnisse dabei ausreichend berücksichtigt. Sie nehmen Begegnungen auch in Zeiten der Krise eher als solidarisch denn als feindselig wahr. Menschen, die einen starken Zusammenhalt erleben, sind zufriedener mit der Demokratie in Deutschland und sind häufiger vollständig geimpft. Sie schätzen sich selbst zufriedener, optimistischer und gesünder ein und glauben eher, dass die Gesellschaft gestärkt aus der Krise hervorgehen wird als dies Menschen tun, die einen schwächeren Zusammenhalt erleben.

Und was heißt das?

Die Pandemie und das Erleben von Zusammenhalt stehen in einem deutlichen Zusammenhang. Zwei Interpretationen liegen nahe: Zum einen kann es sein, dass Menschen, die von Belastungen der Pandemie stark betroffen sind, den Zusammenhalt der Gesellschaft als schwach oder geschwächt wahrnehmen, weil sie nicht ausreichend unterstützt wurden. Möglich ist aber zum anderen, dass Menschen, die von Beginn an schlechter in die Gesellschaft eingebunden waren und somit einen schwächeren Zusammenhalt erleben, in der Krise stärker von Belastungen betroffen sind. Ihnen hat der „Schutzschild“ stabiler sozialer Beziehungen, starker Verbundenheit und Einbindung in Gemeinschaften in besonderem Maße gefehlt.

ENTWICKLUNG DES ZUSAMMENHALTS IM ZEITVERLAUF



ENTTÄUSCHT: DIE LAGE DER JUGEND

Geht es um das unmittelbare Erleben der Pandemie, wird ein großer Gegensatz zwischen Jugendlichen und Erwachsenen sichtbar: Jüngere waren weit stärker betroffen als Ältere. Sie waren häufiger krank, haben im Umfeld öfter schwer Erkrankte erlebt und haben eher unter den Einschränkungen ihrer Freiheit gelitten. Damit geht auch eine unterschiedliche Bewertung des politischen Handelns einher. Etwas mehr als die Hälfte der jungen Menschen unter 25 Jahren (53 Prozent) sind der Meinung, die Politik habe die Corona-Pandemie schlecht gehandhabt. Bei den Älteren sind es 46 Prozent; 71 Prozent der Jungen sagen zudem, ihre Bedürfnisse seien nicht ausreichend berücksichtigt worden. Bei den Älteren sagen das nur 59 Prozent.

*Unter unseren Befragten wurde bis Jahresbeginn **einer von fünf** jungen Menschen (20 Prozent), aber nur **einer von vierzehn** (7 Prozent) unter den Älteren **positiv auf das Virus getestet**.*

Parallel dazu finden wir zum Teil sehr kritische Bewertungen der Lebenssituation von jungen Menschen: Zwar schätzt ganz allgemein eine Mehrheit der Befragten die Bedingungen für Jugendliche an ihrem Wohnort als gut ein, werden aber Einzelaspekte wie Unterstützungsangebote, Freizeitangebote, Ansprechpartner und Treffpunkte in den Blick genommen, ist das Urteil deutlich negativer. Hier sind nur noch jeweils weniger als ein Drittel der Befragten der Meinung, dass diese Angebote in ausreichendem Maße vor Ort vorhanden sind.

*Mehr als **40%** sind der Auffassung, die Situation in der Wohngegend habe sich in der Pandemie für Jugendliche verschlechtert.*

Die unterschiedlichen Generationen sind sich in ihrer Bewertung der Lage von Jugendlichen im Großen und Ganzen einig und stimmen bei den meisten Fragen überein. Junge Menschen zwischen 16 und 24 Jahren sehen dabei das Freizeitangebot vor Ort sogar noch ein klein wenig positiver als Befragte über 25 Jahre. Sie sind in etwas stärkerem Maße der Meinung, vor Ort gebe es genügend Treffpunkte. Kritischer sind Jüngere allerdings bei der Antwort auf die Frage, ob ihre Bedürfnisse in der Pandemie hinreichend berücksichtigt wurden. Diesen letzten Punkt sehen auch Befragte aus Haushalten, in denen Kinder leben, deutlich negativer als der Bevölkerungsdurchschnitt. Ein weiterer Unterschied fällt ins Auge: In Großstädten wird die Eignung des Wohnorts für Jugendliche zwar einerseits schlechter bewertet, geht es aber um Unterstützungs- und Freizeitangebote sowie Ansprechpersonen, fällt das Urteil deutlich besser aus. Auf dem Land wird besonders das Thema der Ansprechpartner kritisch gesehen. Einkommensarme Menschen und zum Teil auch Angehörige der unteren Mittelschicht bemängeln fehlende Unterstützungs- und Freizeitangebote. Alleinerziehende sind im Hinblick auf die allgemeine Qualität ihres Wohnorts und das Vorhandensein von Freizeitangeboten besonders skeptisch.

Viele junge Menschen haben unter den Folgen der Pandemie gelitten. Sie haben häufig Feindseligkeit oder Konflikte in der Gesellschaft erlebt. 33 Prozent der Jüngeren berichten, es habe seit Beginn der Corona-Pandemie häufiger Streit und Konflikte in der Familie gegeben – bei den Älteren sagen das nur 15 Prozent. Die Jungen sind auch hier etwas pessimistischer: Von ihnen glauben 55 Prozent, dass die Gesellschaft geschwächt aus der Krise hervorgehen wird. Bei den Älteren sagen das 50 Prozent.

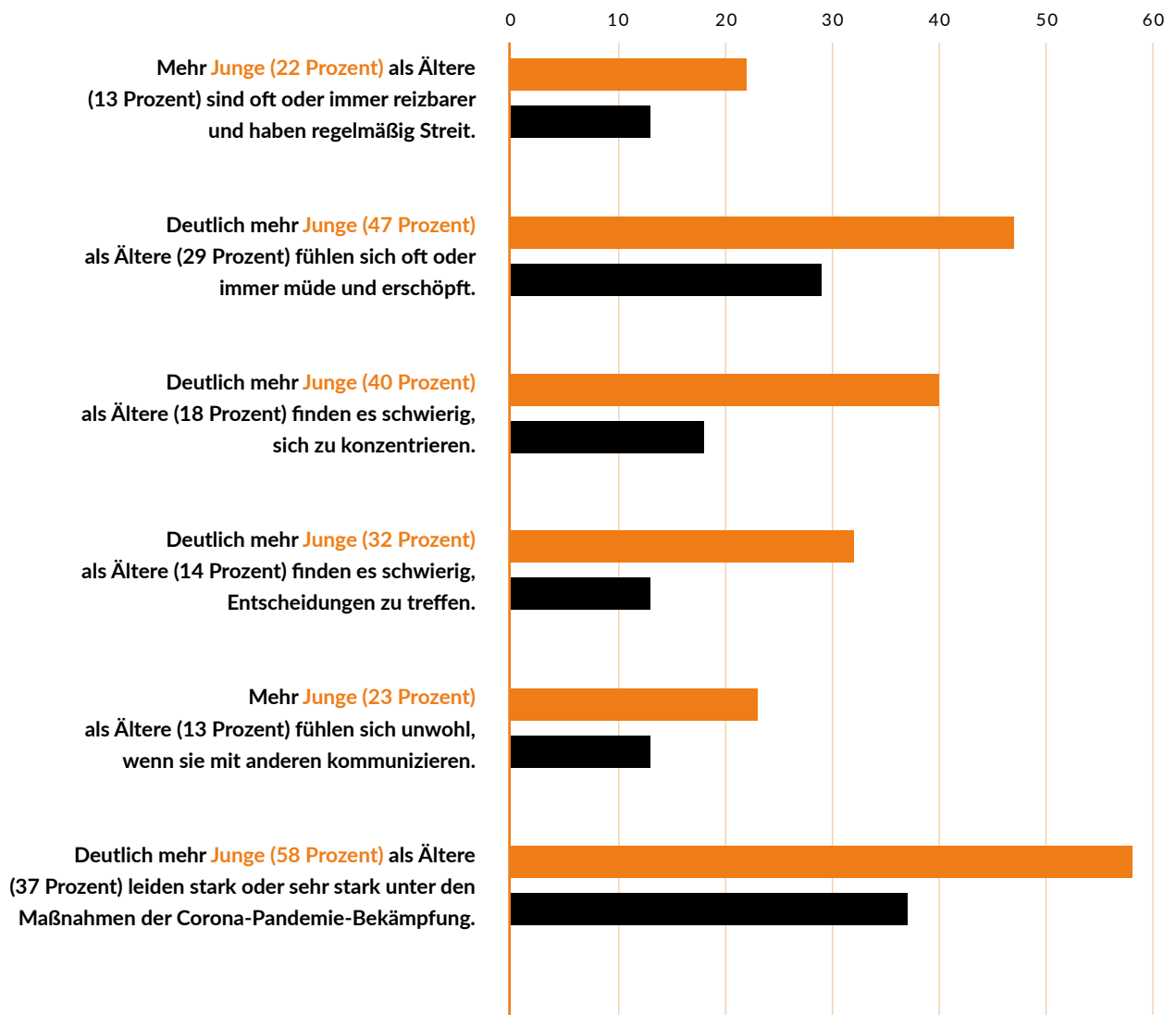
*Fast **einer von drei** jungen Menschen (31 Prozent) berichtet, mehr Feindseligkeit als Solidarität in der Corona-Pandemie erlebt zu haben. In der älteren Gruppe sind es nur 25 Prozent.*

Auch die psychoemotionalen Folgen der Krise für Jugendliche sind enorm. Unter den Jüngeren ist der Anteil, der sich gestresst fühlt oder Angst erlebt, höher als in älteren Bevölkerungsgruppen. Der allgemeine Gesundheitszustand der jüngeren Befragten ist dabei erwartungsgemäß besser: Junge Menschen sind in der Regel gesünder als ältere. So stimmen 43 Prozent der Jüngeren der Aussage zu, der Zusammenhalt sei gefährdet. Bei den Älteren sind es 49 Prozent.

Und was heißt das?

Auch wenn viele junge Menschen die Folgen der Pandemie deutlich negativer erlebt haben, scheint es bei Ihnen etwas zu geben, was die Wissenschaft Resilienz nennt: Die Lebenszufriedenheit junger Menschen ist höher und sie blicken trotz allem optimistischer als Ältere in die Zukunft. Obwohl sie sich in der Corona-Hochzeit von der Politik vernachlässigt gefühlt haben, empfinden junge Menschen den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt als weniger gefährdet.

STARK BELASTET: DIE SITUATION DER JUGEND



Quelle: Eigene Darstellung

| BertelsmannStiftung

UND WIE GEHT ES WEITER? UNSERE HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Unsere Untersuchungsergebnisse belegen, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt in den vergangenen beiden Jahren gelitten hat. Wenn das Fundament unseres Gemeinwesens bedroht ist, muss gehandelt werden. Aber wie?

Unterstützung für schwächere Gruppen

Besonders betroffen vom schwachen Zusammenhalt sind bestimmte Teile der Bevölkerung wie etwa Alleinerziehende, chronisch Kranke oder Menschen mit geringerer Bildung, geringem Einkommen und ohne Arbeitsplatz. Eingeschränkte Lebenschancen sind aber nicht allein das private Problem Betroffener. Sie sind vielmehr eine Herausforderung für Politik und Gesellschaft. Daher gilt es, die vulnerablen Gruppen in besonderer Weise zu unterstützen.

Es braucht fokussierte Konzepte, um Menschen, die über eine geringe Bildung und ein geringes Einkommen verfügen, stärker in das soziale Gefüge einzubinden – etwa indem es ihnen erleichtert wird, höhere Bildungsabschlüsse zu erwerben, an Weiterqualifikationen teilzunehmen und sich in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren.

Alleinerziehende müssen besonders berücksichtigt werden, wenn es um die Förderung von Lebenschancen geht: Unterstützung für sie hat quasi automatisch auch einen großen Einfluss auf die Möglichkeiten und Perspektiven ihrer Kinder.

Menschen, die chronisch erkrankt sind, müssen gezielt dabei unterstützt werden, Kontakte zu knüpfen und sich in die Gesellschaft einzubringen. Dafür braucht es vor allem eine soziale Infrastruktur am Wohnort.

Baden-Württemberg ist stark von Zuwanderung geprägt. Gleichzeitig erlebten Menschen mit

Migrationshintergrund den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der aktuellen Befragung schwächer als 2019. Hier müssen Hürden abgebaut werden, damit dieser Teil der Bevölkerung sich gleichberechtigt einbringen kann. Dazu ist es nötig, unterschiedliche Migrantengruppen gezielt anzusprechen und dafür zu sorgen, dass sie gesellschaftlich sichtbar und angemessen repräsentiert sind.

Es ist beunruhigend, dass Frauen den öffentlichen Raum trotz aller Fortschritte der vergangenen Jahre häufig als unsicher erleben und dass sie auf vielen Feldern weiterhin nicht gleichberechtigt beteiligt sind. Geschlechtergerechtigkeit ist ein Faktor, der positiv zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beiträgt – deshalb darf bei der Bekämpfung der Benachteiligung von Frauen nicht nachgelassen werden.

Im Einklang mit anderen Studien zeigt auch das aktuelle Projekt, dass sich insbesondere bei Menschen im mittleren Alter Einstellungen und Verhaltensweisen finden, die für das gemeinschaftliche Zusammenleben von Nachteil sind. Menschen, die sozusagen mitten im Leben stehen, empfinden den Zusammenhalt häufig als gering – mit der Folge, dass sie sich weniger engagieren oder wenig in Institutionen eingebunden sind und so für die politische Bildung, die soziale Arbeit oder Projekte der Bürgerbeteiligung nur schwer zu erreichen sind. Gerade für diese Bevölkerungsgruppe braucht es neue Formate der Ansprache und Beteiligung, die sich gut mit dem Berufs- und Familienleben vereinbaren lassen.

Mehr Dialog

Um einander verstehen zu können, müssen Menschen sich austauschen. Deshalb ist es wichtig, Gelegenheiten und Orte der Begegnung zu schaffen. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist ein öffentlicher Raum, der viel stärker als bisher insbesondere zufällige Begegnungen ermöglicht und so den gesellschaftlichen Austausch fördert. Sogenannte „Dritte Orte“ wie Stadtbibliotheken, Stadtteilzentren, sozio-kulturelle Zentren, Mehrgenerationenhäuser, Quartiersläden und Nachbarschaftstreffs sind Orte, an denen unterschiedliche Menschen und Initiativen aufeinandertreffen und ins Gespräch kommen. Die bestehenden Orte dieser Art müssen erhalten bleiben, neue geschaffen werden. Auch spezielle Dialog- und Beteiligungsformate sollten unbedingt neu belebt werden – auch sie können dabei helfen, die Belastungen und Folgen der Pandemie gesellschaftlich aufzuarbeiten.

Weniger falsche Balance

Gesellschaftlicher Zusammenhalt braucht aber nicht nur Austausch. Er ist auch auf das Vertrauen der Menschen in ihre Mitbürger, seriöse Informationsquellen und Institutionen angewiesen. Verschwörungserzählungen und Desinformationen säen Zweifel und sind Gift für die Demokratie; sie müssen konsequent bekämpft werden. Dazu gehört es auch, die Positionen der demokratischen Mehrheit im öffentlichen Diskurs stärker zu betonen.

Gleichzeitig brauchen wir mehr Medien- und Diskurskompetenz über alle Altersgruppen hinweg. Das Phänomen, dass extreme Positionen und Entwicklungen deutlich stärker wahrgenommen und dabei die Unterschiede zwischen Mehrheitspositionen und Minderheitenmeinung verwischt werden, führt dazu, dass Menschen den Eindruck gewinnen, sie würden in einer Gesellschaft leben, die unsolidarisch, feindselig und von Egoismus geprägt ist. Dabei gibt es durchaus auch ein großes Maß an Solidarität und Hilfsbereitschaft und auch ein Einstehen für demokratische Werte: Diese Realität muss sichtbar werden.

Ein Neustart für das soziale Leben

Dabei hilft eine umfassende Reaktivierung des gesellschaftlichen Lebens. Die Pandemie hat einen Großteil des sozialen Lebens vor Ort lahmgelegt. Es braucht wieder Feste, Veranstaltungen und ein Vereinsleben – das aber stärker als vorher die vulnerablen und schwer zu erreichenden Gruppen einbezieht, die sonst zu wenig mitgedacht werden und deshalb häufig aus dem Blick geraten.

Wir müssen zivilgesellschaftliche Organisationen dabei unterstützen, wenn sie nach der Pandemie wieder überall im Land Veranstaltungen und Dialogformate anbieten, die Menschen miteinander in Kontakt bringen und vernetzen. Das bedeutet auch eine finanzielle Förderung: Klassische Mitgliederorganisationen, die auf Spenden oder Förderung angewiesen sind, haben in der Pandemie häufig finanzielle Einbußen erlitten und gleichzeitig höhere Kosten etwa für Digitalisierung oder Hygienemaßnahmen verkraften müssen. Sie brauchen Hilfe, um das zu kompensieren.

Bessere politische Kommunikation

Und auch die Politik kann aus den Erfahrungen der Pandemie lernen. Während zu Beginn der Krise die politische Kommunikation erfolgreich war, fand nach einigen Monaten ein Rückfall in alte Muster statt. Damit wurde schnell sichtbar, dass eine intransparente Kommunikation, die sich im Klein-Klein der unterschiedlichen Ebenen und Akteure zerreibt, auch das Verständnis und die Unterstützung selbst der wohlmeinenden Bürger gefährden kann. Wir sehen deutlich: Politik muss ihre Ziele und Motivationen klar formulieren, Unsicherheiten transparent kommunizieren und ihre Abwägungen und Dilemmata nachvollziehbar darlegen.

Zugleich muss es in der politischen Kommunikation eine konsistente und nachvollziehbare Linie geben. Wir brauchen bürgerfreundlich aufbereitete Informationen – sie müssen leicht auffindbar sein, verständ-

lich und vollständig. Ansprechpartner müssen leicht erreichbar sein. All das hilft dabei, dass Menschen politische Entscheidungen und Maßnahmen verstehen – und akzeptieren. Der Ausbau von Bürgerdialogen, die gemeinsame Aufarbeitung der Pandemie und das gemeinschaftliche Lernen aus den Erfahrungen von Politik, Verwaltung, Experten und Bürgern kann ein erster Schritt auf dem Weg sein, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen. Die Politik sollte dabei verinnerlichen: Auch wenn polarisierende, zugespitzte und negative Botschaften speziell in den sozialen Medien viel Aufmerksamkeit erzeugen, braucht es die Rückbesinnung auf einen wertschätzenden und respektvollen Stil in der politischen Kommunikation. Dazu sollten sich demokratische politische Akteure selbst verpflichten.

Hilfe für die Engagierten

Trotz der zum Teil durchaus alarmierenden Befragungsergebnisse und der negativen Folgen der Pandemie für den sozialen Zusammenhalt erleben wir seit dem Beginn des Ukraine-Kriegs Ende Februar 2022 eine Zunahme der Solidarität, wenn es darum geht, geflüchteten Menschen zu helfen. Es gibt allen Grund, diese neuen Formen des Engagements ernst zu nehmen und zu unterstützen. Menschen engagieren sich heute häufiger individuell und kurzfristig in informellen Netzwerken und seltener innerhalb etablierter Organisationen. Deshalb brauchen wir stärker als bisher eine Infrastruktur für das bürgerschaftliche Engagement vor Ort – zum Beispiel Freiwilligenagenturen, die dafür sorgen, Menschen, die helfen wollen, mit Organisationen und Projekten zusammenzubringen. Und gleichzeitig braucht es die Erinnerung an einen Klassiker: Wer das Hauptamt stärkt, hilft dabei, Ehrenamt zu ermöglichen.

Mehr Aufmerksamkeit für Jugendliche

Jugendliche – verstanden hier als Menschen unter 25 – waren von den Auswirkungen der Pandemie und den Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung in besonderem Maße betroffen. Für sie braucht es angepasste und erweiterte Angebote. Wir raten dazu, insbesondere in kleinen und mittleren Städten das Angebot für Jugendliche genauer zu evaluieren und auszubauen bzw. stärker bekannt zu machen. Generell ist es nötig, Jugendliche und ihre Interessen vor Ort zu fördern – und dabei zu beteiligen. Jugendliche brauchen dringend Treffpunkte und Räume, um sich auszuleben und eigene Erfahrungen zu machen. In den vergangenen zwei Jahren hatten sie dazu nur eingeschränkte Möglichkeiten. Umso wichtiger ist es, dass es dafür nun ein größeres Angebot gibt. Dabei sollten die Jugendlichen unterstützt werden, ihre Räume friedlich und altersgemäß zu nutzen und zu erhalten.

Ob sie nun wirklich schon überwunden ist oder nicht: Nach der Krise gilt es für junge Menschen vieles aufzuholen – nicht nur im Bereich von Schule, Ausbildung und Studium, sondern auch mit Blick auf Freizeit, Erfahrungszuwachs und Persönlichkeitsentwicklung. Dafür könnte das seit 2022 existierende Aufholpaket ein wichtiger erster Schritt sein. Wir brauchen zudem ein Angebot, das dabei hilft, den psychoemotionalen Belastungen der Jugendlichen in der Pandemiezeit entgegenzuwirken. Dazu müssen den einschlägigen Institutionen – Schulen, Hochschulen, Jugendzentren – die nötigen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Ansprechpartner, Unterstützungsstrukturen und Angebote müssen bekannt gemacht, Eltern, Lehrer und auch das Peer-Umfeld sensibilisiert werden.

Impressum

© Mai 2022

Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Bertelsmann Stiftung

Carl-Bertelsmann Str. 256

33311 Gütersloh

Telefon +49 5241 81-0

www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich

Dr. Kai Unzicker

Autoren

Dr. Regina Arant

Dr. Georgi Dragolov

Prof. Dr. Klaus Boehnke

Dr. Kai Unzicker

Redaktion

Dr. Susanne Kailitz-Kunz

Gestaltung

Die Rederei

www.rederei-agentur.de

Mit freundlicher Unterstützung durch
das Ministerium für Soziales, Gesundheit
und Integration Baden-Württemberg.

DOI

10.11586/2022059

Bildnachweis

© Adobe Stock | #78773523

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +495241 81-0

Dr. Kai Unzicker
Senior Project Manager
Programm Demokratie und Zusammenhalt
Telefon +49 5241 81-81405
Mobil +49173 5759209
kai.unzicker@bertelsmann-stiftung.de

www.gesellschaftlicher-zusammenhalt.de

www.bertelsmann-stiftung.de